

Monatsspiegel



November 2009



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Aktuelles aus der Landespolitik

Wie weiter nach der Wahniederlage? – Neustart bei Bayerns SPD-Fraktionsspitze – Das Aus für Quelle ist eine Katastrophe für die Region

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist eine bittere Niederlage für die SPD – auch in Bayern. Gerade einmal zwei Prozentpunkte trennen die bayerische SPD von der FDP. Wir werden die Ursachen sorgfältig analysieren und die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen. Über eine Aufarbeitung des Wahlkampfes hinaus mahnt der für das Amt des Vorsitzenden der SPD nominierte Sigmar Gabriel eine ruhige und ehrliche Analyse der letzten 11 Regierungsjahre und des Zustands der Parteiorganisation an. Er nimmt dabei in einem Brief an besorgte Mitglieder kein Blatt vor den Mund und verlangt künftig mehr innerparteiliche Mitsprache.

Die SPD brauche jetzt eine grundlegende Reform auch ihrer eigenen Willensbildungsprozesse. Warum eigentlich nicht auch ab und an bei wichtigen Entscheidungen eine Urabstimmung der Mitglieder, fragt Gabriel und regt an, die Arbeit der letzten Jahre, die Regierungsbilanz, den Zustand der Parteiorganisationen in einer Kreisverbands-/Unterbezirkskonferenz Anfang des Jahres 2010

aufzuarbeiten. „Das soll dann der Startschuss für eine richtige Strukturreform der SPD sein“, schlägt Gabriel vor. Auf dem Bundesparteitag in Dresden werden entsprechende Vorschläge gemacht.

Das Wahlergebnis ist vor allem aber auch ein großer Rückschlag im Kampf um soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Für mich bedeutet dies, mich in Zukunft noch stärker für ein gerechtes Bayern einzusetzen. Die laufenden Koalitionsverhandlungen lassen schon jetzt erkennen, dass unser Land eine starke Opposition braucht. Wir werden für die sozialen Sicherungssysteme und die kommunale Daseinsvorsorge streiten und der Belastung von Bürgern durch die Hintertür entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

Neustart in Bayern mit Markus Rinderspacher als SPD-Fraktionschef

In Bayern sind dazu mit der Wahl der neuen Führungsspitze am 21.10. bereits die Weichen auf Erneuerung gestellt worden. Mit 35 von 39 Stimmen wählte die SPD-Landtagsfraktion Markus

■ **Von Angelika Weikert**
Mitglied des bayerischen Landtags



Rinderspacher zum neuen Vorsitzenden. Er löst Franz Maget ab, der die Fraktion neun Jahre lang geführt hat.

Die drei bisherigen Stellvertreter Dr. Thomas Beyer, Christa Naaß und Johanna Werner-Muggendorfer wurden ebenso bestätigt wie der Parlamentarische Geschäftsführer Harald Güller. Für das Amt des Landtags-Vizepräsidenten nominierte die Fraktion Franz Maget.

Mit 40 ist der frischgebackene Fraktionsvorsitzende Markus Rinderspacher der jüngste unter uns 39 SPD-Abgeordneten im Landtag. In Kaiserslautern geboren und aufgewachsen, hat er die zweite Hälfte seines Lebens in München verbracht. Der gelernte Bankkaufmann hat hier Politische Wissenschaften, Medienrecht und Psychologie studiert und

Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

10.11.	19:00	Distrikt West	„Zur Einkehr“	S. 13
10.11.	20:00	Distrikt Frauenaarach: Distriktsversammlung	AWO-Raum	S. 11
10.11.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Nebenraum Dritte-Welt-Laden	S. 11
10.11.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schloßgaststätte	S. 12
10.11.	20:00	Jusos: Unterbezirkskonferenz		S. 15
11.11.	20:00	AsF: Gender und Bildung	Raum Neben Dritte-Welt-Laden	S. 15
11.11.	20:00	Distrikt Anger: Distriktsversammlung	Angerwirt	S. 11
14.11.	09:30	Haushaltsseminar Fraktion	Turnerbund	S. 5
15.11.	12:00	Distrikt Tennenlohe: Gansessen	Schloßgaststätte	S. 12
17.11.	20:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 11
17.11.	20:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Waldschänke	S. 11
18.11.	20:00	AK Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus	S. 5
20.11.	17:00	100 Jahre SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Ratssaal	S. 3
21.11.		Dachau-Fahrt der Poeschkegesellschaft		S. 5
22.11.	11:00	Ehrungsveranstaltung	Turnerbund	S. 3
24.11.	15:00	60plus: Treffen	August-Bebel-Haus	S. 14
24.11.	20:00	Jusos: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 15
02.12.	20:00	AsF: Gleichstellungsstelle	Raum Neben Dritte-Welt-Laden	S. 15
08.12.	19:30	Distrikt Frauenaarach: Jahresabschluss	TSV-Sportgaststätte	S. 11
08.12.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung		
08.12.	20:00	Jusos: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 15

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Geschäftsführerin: Sabine Wehner
 Friedrich-List-Straße 5
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen, BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 10:00 bis 12:00 Uhr
 Dienstag 10:00 bis 12:00 Uhr
 Mittwoch 10:00 bis 12:00 Uhr
 Donnerstag 16:00 bis 18:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen
 Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung

Philipp Dees
 Lichtenfelser Weg 6
 91056 Erlangen
 Telefon: 09131-483791
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gruner Druck, Erlangen

Auflage: 700 Stück

war bis zu seiner Wahl in den Bayerischen Landtag zwölf Jahre lang in leitender Funktion beim Fernsehsender ProSieben tätig.

Als neuer Fraktionschef setzt er künftig auf Teamarbeit und Dialog. Fußballfan Rinderspacher: „Die SPD-Landtagsfraktion braucht in dieser Stunde Null keinen Einzelkämpfer an der Spitze. Ich bin damit beauftragt, ein geschlossenes Mannschaftsspiel herzustellen.“

Drei vorrangige Aufgaben stellt Rinderspacher sich und seiner Fraktion: Das Wahlergebnis müsse eingehend analysiert werden, die gesamte Fraktion müsse auf Bayern-Tour gehen, „damit wir in den Dialog treten mit den Menschen“ und es wird zusammen mit dem SPD-Landesvorstand eine Bayern-Charta 2030 entwickelt.

Das Aus für Quelle ist eine Niederlage für die bayerische Wirtschaftspolitik

„Konkurs im Konkurs“ hat der Insolvenzverwalter das Aus für das Traditionsunternehmen Quelle am Montag genannt. Für diesen Niedergang des Unternehmens sind gravierende Managementfehler verantwortlich. Der Arcandor-Konzern hat Quelle regelrecht finanziell ausgeblutet. Die Auswirkungen müssen mal wieder die Beschäftigten tragen, sie werden von heute auf morgen vor die Tür gesetzt, ohne Einhaltung der Kündigungsfristen und ohne einen Cent Abfindung für eine zum Teil jahrzehntelange Tätigkeit im Unternehmen. Die, die das zu verantworten haben, haben sich schon vor langer Zeit verabschiedet. Selbstverständlich nicht, ohne sich ihr Fehlverhalten auch noch bezahlen zu lassen. Die Politik ist gefordert, solche Entwicklungen in der Zukunft zu verhindern. Unser Land braucht Regeln und Gesetze die sicherstellen, dass eine kurzfristige Renditemaximierung nicht vor einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung steht.

Das Aus für Quelle ist aber auch eine Niederlage der bayerischen Wirtschaftspolitik. Ministerpräsident Seehofer und sein Wirtschaftsminister Martin Zeil haben öffentlichkeitswirksam Erwartungen geweckt, die sie nicht erfüllt haben. Wir von der SPD-Fraktion haben deshalb in einem Dringlichkeitsantrag umfassende Aufklärung verlangt: Inwieweit die Staatsregierung bei der Suche nach Investoren unterstützend tätig war, wie es mit der Transfergesellschaft weitergeht und welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden, um eine sofortige Hilfe für die Region Nürnberg/Fürth und für die betroffenen Menschen zu leisten.

Vorwärts und nicht vergessen!

**100 Jahre SPD-Stadtratsfraktion
Empfang am 20. November um 17 Uhr
im Erlanger Ratssaal**

**Festvortrag: Dr. Norbert Fuchs, Stadtrat a. D.
Musikalische Begleitung: Gewerkschaftschor
„Aufbruch“**

Begrüßung: Florian Janik, Fraktionsvorsitzender

Ehrungsveranstaltung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur unserer diesjährigen

Ehrung der langjährigen Mitglieder

**am Sonntag, den 22. November 2009 um 11.00 Uhr
im Turnerbund, Spardorfer Straße 79**

Wir können dieses Jahr als langjährige Mitglieder ehren:

Für 50 Jahre

- Siglinde Hertwich
- Erich Reim
- Charlotte Schwarz

Für 40 Jahre

- Stefan Barth
- Fritz Halbmeier
- Heinrich Häusinger
- Franz Höfer
- Karl-Heinz Lindner
- Heide Mattischeck
- Heiner Merkel
- Martin Scheidig
- Wolfgang Vogel
- Felix Wosnitzka

Für 25 Jahre

- Astrid Drechsler
- Wilhelm Horn
- Birgit Maier
- Julie Mildenberger
- Dieter Rosner
- Bernhard Stehle
- Günter Strobel
- Angela Ziegler

Für 10 Jahre

- Birgit Brod
- Birgit Hartwig
- Joachim Krettner
- Paul Pömsel

Wir freuen uns auf eine schöne Ehrungsveranstaltung mit Euch
Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

SPD ERNEUERN

Beschluss der Kreismitgliederversammlung der SPD Erlangen vom 22.10.2009 AdressatInnen: SPD-Bundesparteitag 2009 (Initiativ)

Die SPD befindet sich in einer schweren Krise. Bei der Bundestagswahl hat sie das schlechteste Ergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik erzielt. Erforderlich ist jetzt eine intensive Diskussion über die inhaltliche, strategische, personelle und organisatorische Erneuerung der Partei.

Inhaltliche Erneuerung

Die SPD hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Die Bürgerinnen und Bürger haben uns trotz eines engagierten Wahlkampfes die richtigen Inhalte des Regierungsprogramms nicht abgenommen. In der Regierung haben wir häufig eine andere Politik verfolgt, als wir nun im Regierungsprogramm versprochen hatten. Wer sich beispielsweise im Programm für „Gute Arbeit“ einsetzt und mit der Politik der Agenda 2010 bewusst eine dramatische Ausweitung des Niedriglohnsektors befördert hat, der hat ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Einer der Hauptgründe des dramatisch schlechten Wahlergebnisses ist die Politik der Agenda 2010: Fast zwei Drittel der angestammten SPD-Wählerinnen und Wähler sagen, die SPD habe mit Hartz IV und der Rente mit 67 ihre Prinzipien aufgegeben. Das haben uns unsere Wählerinnen und Wähler nicht verziehen – und gingen entweder nicht zur Wahl oder wanderten ab. Das ergaben zumindest die Wahlanalysen der Umfrageinstitute. Daher brauchen wir eine konsequente und überzeugende Abkehr von der Politik der Agenda 2010. Die SPD muss zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit finden.

Die Menschen glaubten uns die im Wahlkampf versprochene Neuausrichtung vielfach nicht, was auch an der fehlenden Abgrenzung gegenüber früheren Fehlentscheidungen lag: Es funktioniert eben nicht, einerseits im SPD-Regierungsprogramm eine sozial gerechtere Politik einzufordern und andererseits die bisherige SPD-Regierungspolitik zu verteidigen. Die SPD muss die Agenda 2010 und ihre Folgen ehrlich, offen und konstruktiv aufarbeiten. Nur dann ist auch die Oppositionsrolle glaubwürdig. Ein einfaches „Weiter so“ kann es nicht geben.

Kurzfristig beinhaltet eine inhaltliche Neuausrichtung für uns Korrekturen der SPD-Positionen an folgenden Punkte, die

sich im Wahlkampf als besondere Bürde erwiesen haben:

- **Rente mit 67:** Die reguläre Altersgrenze für einen abschlagsfreien Rentenbezug muss wieder auf das 65. Lebensjahr abgesenkt werden. Der Einspareffekt der „Rente mit 67“ ist letztlich zu gering (ein um 0,5 Prozent geringerer Beitragssatz im Jahre 2030), als dass er diesen gravierenden Einschnitt in die Lebensplanung von Millionen von Beschäftigten rechtfertigen würde.
- **Änderungen bei Hartz IV:** Arbeitslose Menschen müssen in unserer Gesellschaft menschenwürdig leben können. Eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze entsprechend der Forderung der Wohlfahrtsverbände ist deshalb unabdingbar. Um Kinderarmut zu begegnen, ist ein eigenständiger Regelsatz für Kinder erforderlich. Altersvorsorgevermögen ist anrechnungsfrei zu stellen.
- **Frauen- und Gleichstellungspolitik:** Die SPD hat Frauen- und Gleichstellungspolitik in den letzten Jahren stark auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf reduziert. Frauen- und Gleichstellungspolitik greift aber weiter. Die SPD muss daher ihr Verständnis und ihre Forderungen in diesem Bereich wieder deutlich erweitern.
- **Gerechte Steuerpolitik:** Angesichts der gewaltigen Kosten der Finanzkrise sind einerseits die Verursacher mittels einer Börsenumsatz- und einer internationalen Finanztransaktionssteuer in die Finanzierungspflicht zu nehmen. Doch geht es darüber hinaus darum, im Rahmen der Steuerpolitik einen echten Lastenausgleich zu organisieren. Die SPD muss auf die Wiedereinführung der ausgesetzten Vermögenssteuer drängen, um die Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur entscheidend zu stärken.
- **Wege aus der Wirtschaftskrise:** Wir müssen einen Strukturwandel von Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und Europa weg von einer reinen gewinnbezogenen Exportwirtschaft organisieren. Denn die riesigen Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands (sowie Chinas und Japans) waren mitverantwortlich für die

weltweiten Ungleichgewichte und die Weltwirtschaftskrise. Stattdessen benötigen wir eine Wirtschaft und Gesellschaft, die die lange vernachlässigten Bedürfnisse der Menschen im Inland in den Vordergrund stellt: Infrastruktur, Bildung, Weiterbildung, Forschung, Gesundheit und Pflege.

- **Paritätische Finanzierung der Sozialsysteme:** Die SPD muss dafür eintreten, dass die Sozialversicherungen wieder vollständig paritätisch finanziert werden.
- **Korrekturen der Gesundheitspolitik:** Die SPD muss ihre Gesundheitspolitik neu definieren. Dazu gehört, dass nicht mehr Ökonominen und Ökonomen festlegen, was „medizinisch notwendig“ ist. Gesundheitliche Versorgung darf nicht zu einer Frage des Einkommens und der Rentabilität verkommen, die Übernahme von z.B. Krankenhäusern durch Finanzinvestoren muss verhindert werden. Die Zweiklassenmedizin muss überwunden werden, zuallererst durch die Abschaffung der privaten Krankenversicherung und die Einführung einer BürgerInnenversicherung.
- **Abzug aus Afghanistan:** Die SPD muss sich für einen sofortigen Strategiewechsel in der Afghanistan-Politik einsetzen. Die bisherige Strategie kann nicht zum Erfolg führen. Die Kampfeinsätze ziehen immer mehr zivile Opfer nach sich. Die dortigen Sicherheitskräfte müssen schnellstmöglich in die Lage versetzt werden, selbst für Sicherheit im Land zu sorgen. Es ist höchste Zeit, eine konkrete Ausstiegsperspektive zu entwickeln. In spätestens zwei Jahren muss der Truppenabzug abgeschlossen sein.

Strategische Erneuerung

Die scharfe Abgrenzung von und das Ausschließen einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei hat die SPD in eine strategische Sackgasse manövriert. Die SPD ist dadurch bei der Koalitionsbildung immer von Union (schwarz-rot) oder FDP (rot-gelb-grün) abhängig. Beide Koalitionsoptionen sind in der Bevölkerung und insbesondere bei SPD-Anhängerinnen und -Anhängern unbeliebt.

Die SPD muss sich für neue Koalitionen öffnen. Dabei muss gelten: Es gibt weder automatische Bündnispartnerinnen, noch sind bestimmte Koalitionen ausgeschlossen. Die SPD koalitiert mit den Parteien, mit denen sie die meisten ihrer Inhalte umsetzen kann.

Die SPD hat sich in den letzten Jahren von ihren potenziellen Wählerinnen und Wählern entfremdet. Sozialdemokratische Oppositionspolitik muss in den nächsten vier Jahren zum Ziel haben, den Weg zurück zu den Menschen vor Ort zu finden, um so verlorengegangenes Ver-

trauen zurückzugewinnen. Ein klares Ziel muss für die SPD sein, den Dialog mit den Gewerkschaften, Sozialverbänden, Friedensinitiativen und anderen gesellschaftlichen Gruppen zu führen. Denn nur durch das Gewinnen von Bündnis- und Dialogpartnern in der Zivilgesellschaft kann die SPD ihr linkes Profil schärfen und sich so in der Bevölkerung wieder als vertrauenswürdige Kraft der sozialen Gerechtigkeit etablieren

Personelle Erneuerung

Der SPD fehlt Glaubwürdigkeit. Dies hat inhaltliche, aber auch personelle Ursachen. Trotz eines insgesamt guten Regierungsprogramms konnten wir die Wählerinnen und Wähler nicht von der SPD überzeugen. Die notwendige Erneuerung der Partei muss auch eine personelle Erneuerung bedeuten.

Organisatorische Erneuerung

In den vergangenen Jahren sind viele Entscheidungen der Partei an den Mitglie-

dern vorbei durchgesetzt worden oder bestehende Entscheidungen der Partei, wie etwa der Parteitagebeschluss gegen die Bahnprivatisierung, wurden im Regierungshandeln einfach ignoriert. Die SPD lebt aber immer noch – gerade in Wahlkampfzeiten – von ihren Mitgliedern, die mit vollem Einsatz für ihre Partei kämpfen. Deshalb bedarf es auch einer Diskussion über die organisatorische Erneuerung der SPD, die zu mehr innerparteilicher Demokratie führen muss. Die SPD muss ihre Stärke als Mitgliederpartei wiedergewinnen, indem sie die demokratische Beteiligung all ihrer Mitglieder organisiert. Entscheidend ist es dabei auch, Konzepte zu entwickeln, die den Parteimitgliedern mehr Angebote zur Diskussion und Mitentscheidung bieten.

Mit einer solchen Neuaufstellung kann die SPD auch wieder erfolgreich sein und Mehrheiten für ihr Programm der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität gewinnen.

Haushaltsseminar der Stadtratsfraktion

Liebe Genossinnen und Genossen, das Haushaltsseminar der Fraktion findet statt

am Samstag, 14. November von 9.30 bis 16 Uhr im Turnerbund

Wie in jedem Jahr seid ihr alle eingeladen, Euch an der Diskussion zu beteiligen.

Mit solidarischen Grüßen
Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Nach den Mühen und Folgen des Bundestagswahlkampfes treffen wir uns – endlich – wieder

am Mittwoch, dem 18.11., um 20 Uhr im Sitzungszimmer des August-Bebel-Hauses

Wir arbeiten weiter entlang des Buches von Jörg Huffs Schmid „Politische Ökonomie der Finanzmärkte“. Diesmal wird Dieter Rosner das Kapitel 5 „Krisenmanagement, Beschränkung, Demokratisierung – Zur Reform der Finanzmärkte“ referieren

Helmut Pfister

Besuch der KZ-Gedenkstätte Dachau

Einladung der Michael-Poeschke-Gesellschaft

Aus Anlass des 50. Todestages von Michael Poeschke wollen wir eine Tagesfahrt zum ehemaligen Konzentrationslager und dem in diesem Jahr neu eröffneten Besucherzentrum in Dachau machen.

Michael Poeschke war von 1946 bis 1959 Oberbürgermeister in Erlangen. Vor 1933 arbeitete er gemeinsam mit Peter Zink als Redakteur beim Erlanger Volksblatt. Im Januar 1933 wurde er in den Redaktionsräumen in der Nürnberger Straße 10 zusammengeschlagen und ins Konzentrationslager in Dachau gebracht, wo er 1 Jahr lang festgesetzt war. Danach bekam er ein Berufsverbot auferlegt.

Die Fahrt findet statt

Samstag, 21. November 2009

- Abfahrt mit dem Bus um 8 Uhr vom Parkplatz hinter dem Bahnhof
- Ankunft im Besucherzentrum gegen 10 Uhr/10:30
- kurze Kaffee- und Toilettenpause
- 11 Uhr Führung in 2 Gruppen mit anschließender Filmvorführung
- Gegen 14 Uhr gemeinsames Mittagessen im Besucherzentrum

- 15 Uhr Nachbesprechung
- 15.30 Uhr Abfahrt
- Ankunft in Erlangen gegen 18 Uhr

Die Busfahrt und die Führung kosten 15 Euro. Das Besucherzentrum bietet in der Cafeteria ein Mittagessen für 5,90 Euro an. Wir haben das einfach mal für alle bestellt. Wir hoffen, dass genügend Interesse bei Euch besteht und wir den Bus mit 50 Personen voll bekommen. Selbstverständlich können auch Freunde und Bekannte mitfahren.

Anmeldungen bitte an

Heide Mattischeck

Telefon: 09545/442377

Fax: 09545/442378

E-Mail: heide.mattischeck@web.de

Selbstverständlich könnt Ihr Euch auch einfach bei Jutta Ledertheil oder Sabine Wehner im Büro anmelden.

Wir meinen, dass dieser Besuch in Dachau ein würdiges Gedenken an Michael Poeschke anlässlich seines 50. Todestages ist, und würden uns über eine rege Teilnahme sehr freuen.

Für die Michael-Poeschke-Gesellschaft
Georg Brugger, Christa Matern, Heide Mattischeck

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im November Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute



- 01.11. Siglinde Hertwich
73 Jahre
- 03.11. Friedrich Drechsler
65 Jahre
- 03.11. Ruth Sych
76 Jahre
- 04.11. Herbert Hummich
72 Jahre
- 08.11. Anni Frank
82 Jahre
- 08.11. Grete Höfer
86 Jahre
- 08.11. Rosi Pfister
76 Jahre
- 19.11. Anton Neubauer
76 Jahre
- 20.11. Hannes Allabauer
65 Jahre
- 22.11. Lutz Reyher
82 Jahre
- 24.11. Karl-Heinz Gräber
60 Jahre
- 28.11. Erich-Herbert Mondon
70 Jahre
- 30.11. Maria Holzemer
86 Jahre
- 30.11. Harald Straube
86 Jahre

Dem Frieden eine Chance – Bundeswehr raus aus Afghanistan

Beschluss der Kreismitgliederversammlung der SPD Erlangen vom 22.10.2009

AdressatInnen: SPD-Bundesparteitag 2009 (Initiativ)

Der kommende Bundesparteitag der SPD möge beschließen, sich für den unverzüglichen Beginn eines geordneten Rückzugs deutscher Soldaten aus Afghanistan einzusetzen.

Begründung (nicht Teil des Beschlusses)

Krieg – und mag man ihn auch Stabilisierungseinsatz nennen – kann kein Mittel sein, den Afghanen Frieden, Demokratie und Menschenrechte beizubringen. Vielmehr schürt er in der dortigen Bevölkerung in zunehmendem Maße wachsende Ressentiments gegenüber der Präsenz ausländischer Truppen.

Schließlich führt eine ehrliche Bestandsaufnahme des in bisher acht Jahren erzielten „Erfolges“ des NATO-Einsatzes zu einem niederschmetterten Ergebnis:

- Die Sicherheitslage für die Zivilbevölkerung hat sich zunehmend verschärft;

- Statt der Wirtschaft blühen Mohnfelder und Korruption;
- Der Einfluss der Regierung Karsai ist fast ausschließlich auf Kabul beschränkt;
- Warlords und Stammesfürsten instrumentalisieren mühsam aufgebaute Polizei- und Armeestrukturen für ihre eigenen Zwecke.

Ganz abgesehen davon, dass die eigentlich zum Schutz des Staates gegen Angriffe von außen gegründete Bundeswehr die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger durch derartige Enisätze in konterkarierender Weise gefährdet.

Alle aktuellen Konfliktherde und regionalen Kriege zeigen, dass militärische Gewalt keine Sicherheit und keinen Frieden bringen. Wir müssen ein Ausstiegsszenario für Afghanistan auf den Weg bringen. Nur politische Lösungen können beides garantieren: Sicherheit und Frieden.

Lebhafte Podiumsdiskussion zur Ganztagschule

Am 19.10. konnte sich das zahlreiche (mehr als 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer) und bunt gemischte Publikum unserer Podiumsdiskussion wahrhaft nicht über Langeweile beklagen. Insbesondere die Präsenz von Jonas Lanig trug zu einer äußerst lebhaften Veranstaltung bei. Sowohl die Gäste auf dem Podium wie auch das Publikum dürften ausreichend Anregungen mit nach Hause genommen haben, die sie in anderen Foren in die Diskussion einbringen können. Für alle Genossinnen und Genossen, die nicht da waren (und davon gab es einige), hier ein paar schlaglichtartige Thesen, die von den Diskussionsteilnehmern sinngemäß geäußert wurden, ohne Anspruch auf Vollständigkeit und ohne sie einzelnen Personen zuzuordnen:

- „Wir müssen in Deutschland erst noch lernen, guten Unterricht zu machen.“

■ Von Gerd Worm

Vorsitzender des Distrikts Anger



- „Gymnasien entwickeln sich aktuell zum Problemschwerpunkt, was die Chance auf eine gute Schullaufbahn der Schülerinnen und Schüler angeht.“
- „Die Ganztagschule ist keine Lösung, wenn zuhause dennoch Bildungsarmut herrscht.“
- „Erziehung darf man nicht völlig an die Schule delegieren.“
- „Lehrer brauchen Ganztagschulen, weil sie der dicht gedrängte Vormittagsunterricht kaputt macht.“
- „Kommunen können jetzt schon ihre Schule selbst gestalten.“
- „In der Schule müssen auch Andere als nur Lehrer unsere Kinder lehren.“

Mehr Demokratie wagen – ein Leserbrief

„Mehr Demokratie wagen“ und dadurch Glaubwürdigkeitsprobleme unserer Partei reduzieren. Das war das Motto der zweiten Oktober-KMV, zu der ich leider nicht kommen konnte. In seiner Erinnerungseinladungsmail hat Dieter Rosner das Problem gut beschrieben. Er sprach dabei von der Notwendigkeit „politisches Profil. Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurück zu gewinnen.“ Er bezog diese Aussagen auf das äußere Auftreten der Partei.

Ich möchte dem einen weiteren Aspekt hinzufügen: Voraussetzung für die Wiederherstellung von Glaubwürdigkeit nach außen ist entsprechendes überzeugendes innerparteiliches Agieren. Wenn die interne Praxis nicht mit dem Außenanspruch „mehr Demokratie wagen“ korrespondiert, bleiben alle Bemühungen folgenlos. Hier sehe ich noch erhebliche Defizite, wobei ich ausdrücklich hervorheben will, dass Dieter diesbezüglich seit seinem Antritt als neuer Vorsitzender Probleme angesprochen und Fortschritte erzielt hat.

Im Argen liegt einerseits, dass man manchmal denkt, dass die Erlanger SPD aus zwei Teilparteien besteht, hier die sozialliberale Projektgruppe bzw. Erlanger Mitte, dort die Erlanger SPD-Linke und dazwischen all diejenigen, die nicht in die Schablonen passen und sich deshalb manchmal etwas verloren in dieser Er-

langer Partei fühlen. Jeweils diskutiert man in den Flügeln im Kreis der Gleichgesinnten mit der Folge, dass in der KMV unterschiedliche Positionen oft nur angerissen, nicht aber ausdiskutiert werden. Warum pflegt man nicht mehr die gemeinsame politische Diskussion, um so auch echte gemeinsame politische Positionen zu erarbeiten, die dann auch gemeinsam nach außen vertreten werden?

Diese Konstellation ist sicher keine Erlanger Erfindung, dem externen Vorbild z.B. in der SPD-Bundestagsfraktion wurde aber mit viel Eifer gefolgt. Vielleicht könnte man jetzt auch dem Vorbild der Flügel der Bundestagsfraktion folgen, die begriffen haben, dass man dadurch der effektiven politischen Außenwirkung wenig Gutes tut. Der „Süddeutschen Zeitung“ war in diesen Tagen zu entnehmen, dass die bisherige Praxis parallelen politischen Agierens beider Flügel und der in der Mitte stehenden „Netzwerker“ überwunden werden soll hin zu gemeinsamem politischen Wirken. Der öffentlichen Meinung sollen nicht mehr konkurrierende SPD-Politikangebote gemacht werden sondern nur noch ein gemeinsames.

Vielleicht ist diese durch Parteiflügel geprägte Diskussionskultur auch in Erlangen künftig verbesserungsfähig. Ein Beispiel für die alte (schlechte) Praxis: bei der ersten KMV im Oktober passierte es, dass ein Altvorderer mir bei meinem Diskussionsbeitrag zu Problemen im Erlanger Friedensbündnis brüsk ins Wort fiel „Du hast ja keine Ahnung“ statt noch einen kleinen Moment zuzuhören und dann seine Problemsichtweise darzustellen. Diese Art des Abmeierns war ein-drucksvoll direkt, meist geschieht dies etwas subtiler.

Zum anderen – ebenfalls an einem Beispiel aus der genannten KMV verdeutlicht – gibt es den Typ von Diskussion, in dem nur Glaubensbekenntnisse abgegeben werden, ohne dass auf inhaltliche Argumente eingegangen wird. Es ging um Hartz IV. Da gibt es einen noch etwas jüngeren Genossen, der bei allen Themen immer weiß, was politisch richtig oder falsch ist. Vor etlichen Monaten verfasste ich in Reaktion auf einen Beitrag von ihm einen ausführlicheren die Problemlage darstellenden Beitrag für den „Monatsspiegel“. Eine Reaktion auf diese Argumente gab es nicht. Folgen hatte dies für seinen aktuellen Diskussionsbeitrag

■ **Von Gerd Peters**
Vorsitzender des Distrikts West



in der ersten Oktober-KMV auch nicht. Dasselbe Glaubensbekenntnis wurde, wenn auch unter kurzer Bezugnahme auf meinen Beitrag im MS, ohne Auseinandersetzung mit den Argumenten unverändert neu abgegeben.

Das heißt, dass im Endeffekt keine inhaltliche Diskussion stattfindet sondern aneinander vorbei geredet wird. Manche GenossInnen dürften dies vermutlich ratlos oder unzufrieden zur Kenntnis nehmen.

Vielleicht hängt ja die Verkündung von Glaubenssätzen in der KMV damit zusammen, dass innerhalb der Flügel diskutiert wird, dass man es aber nicht nötig hat, sich ernsthaft in eine durchaus kontroverse Diskussion zu begeben. Dieter Rosner ist mit seiner Aussage in der zitierten Mail nur beizupflichten, dass wir „uns Möglichkeiten einer stärkeren Beteiligung der Menschen an politischen Entscheidungen und Stärkung von demokratischen Grundrechten überlegen (müssen), um politisches Profil, Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurück zu gewinnen.“ Unterstützen wir doch alle Dieter in seinem Engagement für positive Veränderung! Sowohl innerparteilich als auch in der Wirkung nach außen!

Fortsetzung „Lebhaftes Podiumsdiskussion...“

- „Die Potentiale der Lehrkräfte erschöpfen sich nicht im Vermitteln vom Unterrichtsstoff.“
- „Wenn Kinder (und wohl auch Lehrer) eine Traum-Schule beschreiben sollen, erträumen sie sich eine Ganztags-schule.“

Als Quintessenz lässt sich ein Konsens darüber festhalten, dass eine halbherzige Ganztags-schulpolitik, wie sie derzeit von der CSU betrieben wird, schlechter ist als gar keine Förderung der Ganztags-schule. Sie weckt bei Kindern, Eltern und Lehrern Hoffnungen und Erwartungen, denen sie nicht gerecht werden kann. Letztlich endet das in Frustration und prägt die Ganztags-schule mit einem Negativimage.

Danke noch einmal an Alle, die mitgeholfen haben!

Linkes Forum in der SPD Erlangen

Liebe Genossinnen und Genossen,
im November findet kein Treffen statt.
Wir laden euch stattdessen ein zum

**Tagesseminar des
Linken Forums in der
SPD Mittelfranken
am Samstag, 28. No-
vember.**

Weitere Informationen folgen per e-Mail

Helmut Pfister Hildegard Gröger

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Ausbeutung zum Schnäppchenpreis Discounter-Angebote und ihre Folgen

**Diskussionsveranstaltung mit Christiane Schnura, Koordinatorin der Kampagne für Saubere Kleidung in Deutschland
Mittwoch, 25. November, 19 Uhr, IG Metall-Saal, Friedrichstr. 7**

Für die Schnäppchen, mit denen hierzulande Discounter und Supermärkte KonsumentInnen ködern, zahlen Andere einen hohen Preis: In Deutschland kontrollieren sechs Anbieter – Edeka, die Schwarz-Gruppe mit Lidl und Kaufland, Aldi, Rewe, Metro, Tengelmann – rund 90 Prozent des Marktvolumens der Supermärkte. Auch im Textileinzelhandel nehmen Discounter eine immer stärkere Position ein. Dies hat eine enorme Abhängigkeit der Lieferanten zur Folge. Die aggressive Einkaufspolitik der Discounter führt zu sinkenden Sozialstandards, zu Ausbeutung in Ländern des Südens – und zu Löhnen, die nicht ausreichen, um die Grundbedürfnisse der ArbeiterInnen zu decken.

NäherInnen – in der überwiegenden Mehrzahl Frauen – zum Beispiel in Bangladesch berichten über menschenunwürdige Arbeitsbedingungen bei den Lieferanten von Deutschlands Discountern. Hierzu gehören zahlreiche unbezahlte Überstunden bis spät in die Nacht, Arbeitsverträge zu Niedrigstlöhnen und Verhinderung jeglicher gewerkschaftlicher Organisation. "Lidl und Kik kommen ihrer Unternehmensverantwortung nicht nach. Es ist ein Skandal, dass deutsche Unternehmen auf dem Rücken der NäherInnen und ohne Rücksicht auf die Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten ihre Gewinne machen. Die massiven Arbeitsrechtsverletzungen bei den untersuchten Lieferanten von Lidl und Kik in Bangladesch stellen keine Einzelfälle dar. Mit dieser Untersuchung will die CCC vielmehr darauf hinweisen, dass systematisch Arbeits- und Menschenrechte bei den Lieferanten der Discounter verletzt werden." (Gisela Burckhart, Mitautorin einer Studie über Textil-Discounter).

Aber nicht nur die NäherInnen in Bangladesch, auch die VerkäuferInnen in

Deutschland spüren tagtäglich die Folgen der Discountierung. Nicht nur die Waren und ihre Präsentation sollen billig sein, auch die VerkäuferInnen. Arm trotz Arbeit ist die Folge, Stellen für Vollzeitbeschäftigte sinken - seit 2003 gingen 180.000 Stellen im Einzelhandel verloren - Teilzeitbeschäftigte mit Niedrigstlöhnen machen die Arbeit. Und dies trifft vor allem Frauen - 70 Prozent der Beschäftigten im Einzelhandel sind weiblich.

Veranstalter:

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Erlangen, Attac Erlangen, DGB Kreisverband Erlangen, Dritte Welt Laden Erlangen e. V., Erlanger Frauengruppentreffen

FILM: China Blue

USA, 2005, 87 min. OmU

Termine: Voraussichtlich

- **Donnerstag, 19. November, 20.00 Uhr, Dritte Welt Laden, Neustädter Kirchenplatz 7**
- **Montag, 30. November, 20.00 Uhr, Dritte Welt Laden, Neustädter Kirchenplatz 7**



Wer bezahlt meine Kleidung? Wer stellt unsere Kleidung her? Wer trägt die Kosten für Discountkleidung zum kleinen Preis? Wie sieht eine Kleidungsfabrik von innen aus? Der Dokumentarfilm CHINA BLUE beantwortet all diese Fragen auf atemberaubende Weise.

Regisseur Peled teilt die Perspektive dreier Arbeiterinnen einer Jeansfabrik; Menschen, überwiegend junge Frauen, die täglich unter Hochdruck bis zu 14 Stunden schufteten – illegal ohne einen Vertrag in der Tasche und für einen Hungerlohn von zwei Euro pro Tag. Dabei

grenzen die Zustände in diesen Betrieben schon an Sklaverei. Folglich sind Filmemacher bei den Unternehmern auch nicht willkommen. Peled hat sie überli-



stet und nur so Bilder eingefangen, denen die Augen kaum trauen wollen: Einige Mädchen heften sich Wäscheklammern an ihre Lider, damit sie im Erschöpfungszustand nur ja nicht einschlafen. Nachts drängen sie sich in engen Achttbettzimmern mit dürftigen Waschmöglichkeiten. An ein Privat- oder gar Intimleben in solch bescheidenen Behausungen ist gar nicht zu denken. Männerbesuch ist nicht gestattet, Schwangeren droht eine Kündigung, wenn sie nicht abtreiben.

Die Dokumentation besticht durch die unverschönernte Darstellung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Näherinnen innerhalb und außerhalb der Fabrik. Dies ist besonders hervorzuheben in Anbetracht dessen, dass die Drehbedingungen in China extrem schwierig waren. Micha X. Peled hatte keine Drehgenehmigung für China. Dies führte zu mehreren Verhaftungen von Mitgliedern der Filmcrew. Teilweise ist der Film deshalb mit versteckter Kamera gedreht. Die Dreherlaubnis im Inneren der Fabrik erlangte Peled durch einen Trick: Er überzeugte den Fabrikbesitzer davon, einen Werbefilm über die Fabrik drehen zu wollen. Guo Xi Lam willigte erfreut ein. Somit musste Peled Lam, nach Abschluss der Dreharbeiten, einen Werbefilm zeigen.

„Manchmal schleichen sie sich abends heimlich aus der Fabrik, um Energietee zu kaufen, weil sie so erschöpft sind (...) Wenn sie beim Verlassen der Fabrik erwischt werden, müssen sie 20 Yuan Strafe zahlen. Das sind zwei Wochen Arbeit.“ sagt Yang Chin, ehemalige Aufseherin in einer Jeansfabrik.

Kampagne „Save me – Flüchtlinge aufnehmen“

Kriege, politische Krisen oder andere existenzielle Nöte zwingen jedes Jahr viele tausend Menschen zur Flucht. Einen sicheren Staat, der eine neue Lebensperspektive bietet, können die wenigsten Flüchtlinge erreichen. Viele wollen langfristig zurück ins Herkunftsland, doch eine Rückkehr ist oft auf unabsehbare Zeit unmöglich. Ohne eine Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben sitzen viele Flüchtlinge jahrelang in eigentlich provisorischen Lagern fest.

Was wäre eigentlich, wenn wir diesem Flüchtlingseleid nicht mehr tatenlos zuschauen würden? Wenn wir Menschen aus den Lagern heraus nach Deutschland holen würden? Wenn wir tatkräftig zeigen würden, dass uns das Schicksal der Flüchtlinge dieser Welt nicht gleichgültig ist?

Die Idee ist nicht neu. Immer wieder nehmen Staaten Flüchtlinge aus akuten Krisensituationen auf und gewähren ihnen sicheren Aufenthalt. Deutschland hat zuletzt vietnamesische Boatpeople und Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Bosnienkrieg aufgenommen. Dieses Resettlement genannte Verfahren kann sicher nicht die Lösung für die weltweite Flüchtlingsproblematik sein, aber es ist vielleicht für einige die Rettung. Lange, gefährliche und teure Fluchtwege könnten vermieden werden. Resettlement ist sicher kein Ersatz für Asyl: nach wie vor müssen Flüchtlinge das Recht haben, an europäischen Grenzen Schutz und Asyl zu fordern. Aber Resettlement könnte ein deutliches Signal setzen! Gegen Ausgrenzung, Anfeindung und Abschottung von Flüchtlingen.

Forderungen der save me Kampagne

Wir fordern, dass Deutschland sich im Rahmen eines Resettlementprogramms verpflichtet, kontinuierlich ein jährliches Kontingent von Flüchtlingen dauerhaft aufzunehmen und zu integrieren. Gemäß dem durch die Vereinten Nationen an UNHCR erteilten Auftrag, für Flüchtlinge dauerhafte Lösungen zu finden, brauchen die aufgenommenen Flüchtlinge von Beginn an ein sicheres Aufenthaltsrecht, werden arbeits- und sozialrechtlich mit Inländern gleichgestellt und erhalten bestmögliche Integrationschancen. Das bedeutet im Einzelnen:

- Schutz für Flüchtlinge: Die Auswahl der aufzunehmenden Personen muss sich in erster Linie am Schutzbedürfnis

der Betroffenen und nicht an den Aufnahmeinteressen des Staates orientieren. Deshalb muss die durch UNHCR festgestellte Dringlichkeit des Schutzbedürfnisses schwerer wiegen als beispielsweise Bildungsgrad oder Religion der betroffenen Flüchtlinge.

- Familieneinheit: Dem Schutz von Ehe und Familie ist möglichst durch die Mitaufnahme der Familienangehörigen eines Flüchtlings Rechnung zu tragen. Nach erfolgter Aufnahme von Schutzbedürftigen muss das Recht auf Familiennachzug garantiert sein.
- Flüchtlingsstatus: Durch Rechtsverordnung ist sicherzustellen, dass die durch den UNHCR bereits als GFK-Flüchtlinge klassifizierten Personen unverzüglich und ohne zusätzliches Asylverfahren einen GFK-Flüchtlingspass erhalten (analog der Praxis des ehemaligen Kontingentflüchtlingsgesetzes HumHAG).
- Aufenthaltssicherheit: Um für die aufgenommenen Flüchtlinge eine sichere Aufenthaltsperspektive zu schaffen, ist den schutzbedürftigen Flüchtlingen und den mitaufgenommenen Familienangehörigen nach § 23 II AufenthG eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen. Von der Anwendung des den Rechtsschutz einschränkenden § 23 III AufenthG ist dabei ausdrücklich abzusehen.
- Integrationskurs: Alle aufgenommenen Flüchtlinge erhalten einen Anspruch auf Teilnahme an einem Deutsch- und Orientierungskurs (Integrationskurs). Die Möglichkeit einer sofortigen Teilnahme am Kurs ist sicherzustellen.
- Arbeitsmarktintegration: Alle aufgenommenen erhalten von Beginn an einen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt und bei Bedarf Eingliederungshilfen nach SGB III. Dazu gehört ein uneingeschränkter Zugang auch zu selbstständigen Tätigkeiten, die zügige
- Prüfung und Anerkennung der vorhandenen Qualifikationen analog § 10 BVFG, die unverzügliche Förderung von beruflichen Eingliederungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Aufnahme einer Tätigkeit im erlernten Beruf, die Förderung und Vermittlung in berufliche Ausbildungswege, Maßnahmen zum schnellen Zugang zu Studium sowie die unverzügliche För-

derung von Maßnahmen zur Eingliederung in den



Arbeitsmarkt (Lohnkostenzuschüsse, ABM u.a.)

- Sozialleistungen: Die Sozialleistungen für die nach § 23 II aufgenommenen Flüchtlinge richten sich bei Bedarf nach SGB II bzw. SGB XII.
- Freizügigkeit und Wohnortwahl: Die aufgenommenen Flüchtlinge dürfen ihren Wohnort in der Bundesrepublik frei wählen und werden in ihrer Freizügigkeit nicht beschränkt (keine Residenzpflicht).
- Unterbringung: Die aufgenommenen Flüchtlinge werden nicht in Lagern untergebracht, sondern erhalten die Möglichkeit, in der Aufnahmegemeinde eine Wohnung zu beziehen.
- Kommunale Unterstützung: Die Kommunen sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten bestmögliche Rahmenbedingungen für eine gelingende soziale Integration schaffen, beispielsweise durch die Vermittlung von Patenschaften. Mögliches privates Engagement darf dabei allerdings nicht der Forderungen nach finanziellen Verpflichtungen verbunden werden, die Flüchtlingsaufnahme bleibt in staatlicher Verantwortung.

Mitmachen

Machen Sie mit und unterstützen Sie die save me Kampagne. Tragen Sie sich als save me Pate bzw. save me Patin ein. save me Paten und save me Patinnen machen öffentlich, dass sie eine ANDERE Flüchtlingspolitik befürworten. Eine Politik, die sich gegen Ausgrenzung, Abschottung und Anfeindungen von Flüchtlingen wendet und den Schutz von Flüchtlingen zum Ziel hat. Diese Unterstützung ist vorerst symbolisch. Patinnen und Paten werben mit Ihrem Namen und Ihrem Gesicht auf der save me Kampagnenseite für die Aufnahme von Flüchtlingen.

Patin werden könne Sie auf der Seite <http://www.save-me-nuernberg-fuerth-erlangen.de/>

Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel
Dezember 2009/Januar 2010

Donnerstag (!), 26.11.2009

Demokratie braucht jede Stimme!

Unterschriftenkampagne für ein kommunales Wahlrecht für alle

Wir wollen das kommunale Wahlrecht auch für Drittstaatsangehörige!

Bei den Kommunalwahlen in Deutschland haben außer den deutschen Staatsangehörigen bisher nur die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union aktives und passives Wahlrecht.

4,45 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner mit einem anderen Pass, sogenannte Drittstaater, sind von diesem demokratischen Recht ausgeschlossen. Dabei lebt von den 6,75 Millionen Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland fast die Hälfte länger als 15 Jahre hier!

Wir wollen das kommunale Wahlrecht für alle rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland lebenden Einwohnerinnen und Einwohner. Grundlegende Voraussetzung hierfür ist die Änderung bzw. Ergänzung von Art. 28 Abs. 3 GG. Hierzu bedarf es einer 2/3-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat.

Mit unserer bayernweiten Kampagne wollen wir das Thema „Kommunales Wahlrecht für Alle“ mit einem breiten Bündnis von Kooperationspartnern in der Öffentlichkeit bekannt machen und so auf die notwendige Grundgesetzänderung hinwirken.

Eine Gesellschaft, die einen Teil der Bevölkerung von politischen Entscheidungen ausschließt, verliert ihre demokratischen Grundlagen. Das demokratische Prinzip gebietet die Mitwirkung aller Mitglieder der Gesellschaft an Entscheidungen, die das gesellschaftliche Zusammenleben betreffen. Städte, Gemeinden und Landkreise können es sich nicht länger leisten, einen Teil ihrer Einwohnerinnen und Einwohner von der politischen Willensbildung durch Wahlen und damit von Entscheidungen auszuschließen, die die Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes betreffen!

Es ist mit den Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft unvereinbar, dass Menschen, die seit Jahren in diesem Land leben und alle ihnen möglichen staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen, bei Kommunalwahlen zu einer Zuschauerrolle verurteilt werden. Würde es nach dem alten amerikanischen Slogan „No taxation without representation“ (Keine

DEMO
KRATIE
BRAUCHT
JEDE
STIMME!

KOMMUNALES WAHLRECHT FÜR ALLE!
UNTERSTÜTZEN SIE DIE KAMPAGNE
MIT IHREM NAMEN UNTER:
WWW.DEMOKRATIE.AGABY.DE



Steuer ohne politische Repräsentanz) gehen, müssten alle Ausländerinnen und Ausländer längst das Wahlrecht haben. Denn bei den meisten Bürgerpflichten sind auch Drittstaatsangehörige dem Wahlvolk gleichgestellt, nicht aber bei den Bürgerrechten. Wer Steuern zahlt, sollte aber auch mitbestimmen dürfen, wofür diese ausgegeben werden!

Mit der Einführung des kommunalen Wahlrechts für EU-Staatsangehörige ist ein „Dreiklassenwahlrecht“ mit vollwahlberechtigten deutschen Staatsbürgern, kommunalwahlberechtigten EU-Bürgern und wahlrechtslosen Drittstaatsangehörigen entstanden. Die damit verschärfte Ungleichbehandlung muss ein Ende haben!

Solange einem großen Teil der Gesellschaft dieses politische Partizipationsrecht vorenthalten wird, wird dieser Teil von der demokratisch-politischen Teilhabe in Deutschland isoliert bleiben und sich entsprechend stärker mit der Politik der Herkunftsländer identifizieren. Integration setzt voraus, an der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes mitwirken zu können.

In vielen Ländern der EU wie Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Bel-

gien, Irland, Ungarn, Estland, Litauen und der Slowakei ist das kommunale Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer bereits eine Selbstverständlichkeit. Auf europäischer Ebene setzen sich der Europarat und das Europäische Parlament seit langem dafür ein, bei Wahlen auf kommunaler Ebene allen rechtmäßig in einem Land lebenden Menschen das aktive und passive Wahlrecht einzuräumen.

Bundesweit laufen bereits mehrere Kampagnen zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Alle. So kämpfen auch in Hessen und Rheinland-Pfalz Migrantenorganisationen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände gemeinsam für das kommunale Wahlrecht für Alle, in Nordrhein-Westfalen haben sich bereits 29 Städte und Gemeinden dafür ausgesprochen. In Bayern hat der Ausländerbeirat München einen entsprechenden Antrag an seine Kommune gestellt. Der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) und die Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main, Dr.h.c. Petra Roth (CDU), haben sich eindeutig für das kommunale Wahlrecht für Alle ausgesprochen.

Wie Sie uns unterstützen können:

Helfen Sie mit, dass sich Kommunen in Bayern für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle rechtmäßig, dauerhaft und mindestens seit vier Jahren in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen aussprechen!

Wirken Sie auf überregional tätige Mitglieder aller Parteien und die Bundestagsabgeordneten in Ihrem Wahlkreis ein, sich für dieses Anliegen stark zu machen!

Unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift bis Ende 2009 unsere Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für Alle!

Unterzeichnen:

- Online unter <http://www.demokratie.agaby.de>
- Selber sammeln: Die Liste gibt es unter obigem Link unter „Materialien“

Liebe Genossinnen und Genossen,
ihr seid herzlich eingeladen zu unserer
nächsten Distriktsversammlung am

**Mittwoch, 11. November
um 20:00 Uhr beim An-
gerwirt, Guhmanstraße 10**

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Solidarische Grüße
Gerd Worm

■ Distrikt Anger

Vorsitzender:
Gerd Worm
Telefon: 304556
Karl.Gerd@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distrikttreffen ist am

**Dienstag, 17.11. um 20:00
Uhr im Schützenhaus**

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

■ Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Distriktsversammlung fin-
det statt

**am Dienstag, den 10. No-
vember um 20 Uhr
im AWO-Raum.**

Tagesordnung

1. Aktuelles
2. Berichte aus dem Stadtrat, Ortsbeiräten und Kreisverband

3. Lärmschutz in Frauenaarach (Autobahn, Umgehungsstraße, Industriegebiete)
4. Status Stadtratsantrag zur Unterstützung der Mutter-Kindgruppe
5. Verschiedenes

Termivorschau:

Zum Jahresabschlussessen trifft sich der Distrikt beim Harry (TSV-Sportgaststätte) Am 8. Dezember um 19:30. Wir haben den Nebenreim. Bitte kommt zahlreich.

Für den Vorstand
Gabi Dorn-Dohmstreich

■ Distrikt Frauenaarach

Vorsitzende:
Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
dohmstreich@nefkom.net

Liebe Distriktsmitglieder,
die nächste Sitzung ist

**am 10. November um
20 Uhr im Nebenraum des**

Dritte Welt-Ladens am Neustädter Kirchplatz.

Die Tagesordnung beschließen wir diesmal vor Ort.

Für den Vorstand,
Michael Zimmermann

■ Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:
Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit laden wir Euch herzlich ein zur
nächsten

**Mitgliederversammlung
am Dienstag, den 17. No-
vember um 20.00 Uhr in**

der Waldschänke (Lange Zeile 104)

Themen: Bewertung der schwarz-gelben Koalitionsverhandlungen, weitere Arbeitsplanung

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig Birgit Hartwig

■ Distrikt Ost

Vorsitzender:
Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

■ Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter

Telefon: 601924

rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 10.11., 20 Uhr, Schloßgaststätte

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Berichte (KV, KMV, etc.)
3. Quo vadis SPD? (SPD auf dem Weg wohin...?)
4. TB Novemberausgabe
5. Verschiedenes

Weiterer Termin: Distriktversammlung
am 08.12;

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Einladung

**An alle Genossinnen und Genossen aus
Tennenlohe und aus den anderen Distrik-
ten sowie Sympathisantinnen und Sym-
pathisanten von überall**

Wir laden Euch alle recht herzlich ein
zum

Gansessen bei Fritz Klein im „Schlößla“ (d.i. Schloß- gaststätte) am Sonntag, den 15.11., 12 Uhr

Wir freuen uns auf ein gemütliches Zu-
sammensein (Wir können Euch zwar
nicht in finanzieller Hinsicht einladen,
können aber für den äußeren Rahmen
sorgen)

Wegen der notwendigen Vorbereitung
des Gastwirts: Bitte eine kurze tele-
fonische Mitteilung oder e-mail bis
zum 11.11.an die oben angegebene Tele-
fonnummer bzw. an die e-mail Adresse

Für den Vorstand
Rolf Schowalter, Tel.: 60 19 24

Protokoll der Distriktsver- sammlung vom 13.10.2009

1. Wahlanalyse

Tennenlohe ist in vier Wahlbezirke
unterteilt. In den Bereichen Nord, Mitte
und Ost lag die SPD sowohl bei den Erst-
wie auch den Zweitstimmen deutlich
über dem Stadt-Durchschnitt. Dieses kor-
relierte mit einer hohen Wahlbeteili-
gung. Die guten Ergebnisse im traditio-
nellen alten Ortskern Ost sind sicher auf
den Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad
von Martina Stamm-Fibich zurückzufüh-
ren. Hier hat sich sicher ihr Einsatz bei der
Kerwa bemerkbar gemacht. Im Bereich
Süd waren sowohl die Wahlbeteiligung
als auch die Ergebnisse der SPD unter
dem Stadt-Durchschnitt, bei vergleichs-
weise guten Ergebnissen für die FDP. Die-
se Problematik soll in Zukunft näher be-
trachtet werden.

Der Tennenloher Bote wurde rechtzei-
tig vor der Wahl in Rekordzeit verteilt, die
Tennenloher SPD war präsent auf der
Tennenloher Kerwa, Martina kam gut an,
Günter Glosers Unterstützung war sehr
hilfreich. Der Infostand am Freitag vor der
Wahl dagegen fand wenig Resonanz.
Über Alternativen zu Infoständen wurde
diskutiert und interessante Anregungen
eingebracht

2. Diskussion zur Tennenloher SPD

Die Tennenloher SPD ist ein aktiver
Distrikt, der jedoch in den letzten Jahren
mehr Mitglieder verloren hat als er ge-
winnen konnte. Der Alterdurchschnitt ist
hoch. Mitgliederwerbung muss ein Ziel
der nächsten Zeit sein.

3. Zukünftige Projekte

- Der Distrikt wird sich weiter gegen das
Gewerbegebiet G6 engagieren.
- Tennenlohe benötigt Einrichtungen
für betreutes Wohnen, die Fraktion
wird einen Antrag für ein Senioren-
heim / betreutes Wohnen in Tennen-
lohe stellen.
- Veranstaltungen zu Klimawandel,
Atomkraft, Senioren, ...

Hans Hauer

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere November-Veranstaltung soll ein wenig unüblich verlaufen. Hierzu laden wir neben den Mitgliedern insbesondere auch alle diejenigen ein, die im Bundestagswahlkampf, aber auch bei den anderen Wahlen dieses Jahres, zuverlässig unsere papierenen Botschaften an die Wählerinnen und Wähler verteilten. Wenn man bedenkt, dass wir ca. 11 500 Briefkästen versorgten, kann man sich vorstellen, wie viel Arbeit das machte. Dafür möchten wir danken.

Wir wollen uns am

Dienstag, 10. November, ab 19.00 im Gasthauses „Zur Einkehr“ (Güthlein)

treffen und bei Zwiebelkuchen und Getränk über Lust und Frust im Wahlkampf, aber auch über das, was hinterher mit unserer Partei und der deutschen Politik geschieht, unterhalten. Wir würden uns freuen, wenn Ihr Zeit für diesen Termin hättet.

Damit wir bezüglich der Zwiebelkuchenmengen realistisch disponieren können, wären wir für kurze Informationen über Euer Kommen dankbar (09131/44366) oder gerd.peters-er@t-online.de.

Im Namen des Vorstandes
Gerd Peters

P. S.: Unsere Diskussionsveranstaltung im Oktober zum Thema „kommunale Armutsbekämpfung war tendenziell schlecht besucht (9 Anwesende). Reiner Pröls, Sozialreferent der Stadt Nürnberg, musste kurzfristig wegen Krankheit absagen. An seiner Stelle referierte und diskutierte mit uns Georg Hopfengärtner (Bereichsleiter Prävention und Zielgruppen) ebenfalls aus dem Sozialreferat. Es war eine sehr interessante an konkrete Problemlagen angelehnte Diskussion. Deutlich wurde, dass die aus der Massenarmut resultierenden Konflikte sehr ernst genommen werden müssen.

■ Distrikt West

Vorsitzender:

Gerd Peters

Telefon: 44366

gerd.peters-er@t-online.de



Sparkassen-Finanzgruppe

Mehr Informationen unter:
www.roterballon.de

Die Sparkassen-Altersvorsorge. Einfach riesig!

Von individuellen Sparplänen bis zu den eigenen vier Wänden.

180 Jahre
Sicher. Stabil. Verlässlich.

 Sparkasse
Erlangen

Eine gute Vorsorge ist leichter, als Sie denken. Mit unserer individuellen Beratung entwickeln wir ein auf Sie zugeschnittenes Vorsorgekonzept und zeigen Ihnen, wie Sie alle staatlichen Fördermöglichkeiten optimal für sich nutzen. Infos in Ihrer Geschäftsstelle oder unter www.roterballon.de und www.sparkasse-erlangen.de. **Wenn's um Geld geht Sparkasse.**

■ AG 60plus

Vorsitzende:

Helga Steeger

Telefon: 47866

helga.c.steeger@t-online.de

Liebe Genossin, lieber Genosse,
wir laden ein zu unserem nächsten Treffen am

Dienstag (nicht wie gewohnt Mittwoch), 24. November 2009, 15 Uhr im August-Bebel-Haus

zum Thema: Lebensarbeitszeit und Strukturwandel.

Gerd Peters, beruflich viele Jahre mit diesem Thema beschäftigt, kommt als Referent und Gesprächspartner zu unserem Treffen.

Für den AG 60 plus Vorstand grüßt herzlich einladend
Helga Steeger

Protokoll der Sitzung des Unterbezirks am 14.10.2009

1. Aktuelles

Zu Beginn stellte sich Axel vor, der zum ersten Mal an unseren Versammlungen teilnahm. Wir gratulierten Helga Steeger zur Wahl als Vorsitzende des Seniorenbeirats der Stadt Erlangen. Sie ist damit die dritte Sozialdemokratin in diesem Amt und für drei Jahre gewählt.

In Anbetracht der „knappen“ Kassen verschlechtert sich zunehmend das Angebot an geeigneten Räumen für Erlanger Vereine, ihr Freizeitangebot zu auskömmlichen Gebühren aufrechtzuerhalten. Eine Möglichkeit, dies kurzfristig zu verbessern, besteht leider nicht.

2. Bundestagswahl: Rückblick und Ausblick

Die Diskussion des Wahldebakels am 27.9. hat bereits auf der KVM am 1.10. einen breiten Raum eingenommen. Die Analyse der Wählerwanderungen im Vergleich zu 2005 zeigt: Die SPD verlor nicht nur (in Tausend) 1.900 Stimmen an die

Nichtwähler und 1.200 an Die Linke, sondern auch 2.300 Wähler an Grüne, Union und FDP insgesamt. Für die notwendige Neuaufstellung wurde in der Diskussion folgende Reihenfolge empfohlen: Programm deutlicher machen, Personen hierfür auswählen und dann mehr Wähler gewinnen.

Ergänzend wurde vorgeschlagen, vor dem Programmpunkt in einer Felduntersuchung diejenigen Milieus zu identifizieren, die für die SPD zurück zu gewinnen sind, und ihre Anforderungen an das Parteiprogramm zu berücksichtigen.

3. Bericht vom Bundeskongress der AG 60plus

Gisela und Adi berichteten anschließend vom Bundeskongress 60plus in Erfurt am 8./9.8.09. Im Mittelpunkt stand die Wahl der (des) Vorsitzenden, durch den (die) der 60plus stärker in den Vordergrund treten soll. Bislang ist 60plus nicht einmal im Bundesvorstand vertreten, obwohl 48 % der SPD-Mitglieder organisatorisch zu 60plus gehören. Für den Landesverband Bayern kandidierte Angelika Graf aus München für den Vorsitz.

Unsere Erwartungen wurden nicht erfüllt. Gewählt wurde im zweiten Wahlgang die Kandidatin aus dem LV Mecklenburg-Vorpommern, die nach Einschätzung vieler den erhofften Durchbruch an Mitwirkung nicht bringen wird. Angelika wurde (nur) Beisitzerin.

4. Verschiedenes

Helga bat um Vorschläge für Kandidaten des Ehrenbriefes der Stadt Erlangen. Bedingungen sind: 15-jährige (auch unterbrochene) ehrenamtliche Tätigkeit und keine diesbezügliche Auszeichnung bislang.

In unserer nächsten Sitzung, voraussichtlich am 24.11.09, werden wir uns im Rahmen des „Demographischer Wandels“ mit dem Thema „Lebensarbeitszeit und Strukturwandel beschäftigen“ (Referent Gerd Peters).

Für das Protokoll: Wolfgang Schwerna

Liebe Genossinnen,

die AsF trifft sich die nächsten Male:

- Mittwoch, 11.11.09 Gender und Bildung zusammen mit den Jusos
Raum neben dem Dritte-Welt-Laden, Neustädter Kirchenplatz 7
- Mittwoch, 02.12.09 Gleichstellungsstelle – Frau Höschele-Frank und Frau Aschmann berichten und diskutieren mit uns
Raum neben dem Dritte-Welt-Laden, Neustädter Kirchenplatz 7

- Mittwoch, 13.01.10 Finanzkrise – Vortrag von Julie
Raum neben dem Dritte-Welt-Laden, Neustädter Kirchenplatz 7
- Mittwoch, 03.02.10 Jahreshauptversammlung – ABH

Für die Sprecherinnen
Gunda Gerstenmeyer

■ AsF

Sprecherinnen:

- Saskia Coerlin
scoerlin@hotmail.com
- Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
dohmstreich@nefkom.net
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger
Telefon: 502415
- Birgit Hartwig
Telefon: 55939
Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildenberger
Telefon: 23435
- Barbara Pfister
Telefon: 502481
barbara.pfister@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir treffen uns die nächsten Male:

- Dienstag, 10.11. – Unterbezirkskonferenz, ihr bekommt eine gesonderte Einladung mit Ort und Zeit per Post
 - Dienstag, 24.11., 20 Uhr, August-Bebel-Haus
 - Dienstag, 08.12., 20 Uhr, August-Bebel-Haus
- Außerdem seid ihr sehr herzlich eingeladen zu unserer Arbeiterliederfeier am 14.11. Genauere Infos hierzu und zu den anderen Sitzungen erhaltet ihr wie üblich wieder per e-Mail.

Falls ihr bisher nicht im e-Mail-Verteiler seid, meldet euch bei mir.

Sozialistische Grüße
Michelle

Protokoll der Juso-Sitzung vom 29.09.2009

1. Frauen!

- Für jede Sitzung soll wieder jemand etwas zum Thema „Frauen!“ vorbereiten und vortragen.
- Benni macht sich schlau zum Thema „Wahlverhalten von Frauen“ und trägt nächste Mal vor

2. Wahlen

- Aussprache zum Wahlkampf:
 - Giveaways:
 - sollen eine Botschaft vermitteln (z.B. Text auf den Kugelschreibern)

- helfen ins Gespräch zu kommen
- es soll jedoch besser darauf geachtet werden, dass mit den Give-Aways auch Infobroschüren mitgegeben werde
- Aktionen
 - Bodenzzeitung war sinnvoll, da sich niemand anbieten muss
 - Große Würfel und die Luftballons kamen gut an
 - Atomfässeraktion war gut; plastische Darstellung von Inhalten ist positiv zu bewerten und sollte beibehalten werden
 - Es sollten nicht nur Wähler, sondern auch Mitglieder geworben werden
- Situation der SPD
 - Die Partei muss sich inhaltlich neu aufstellen, eine Bastapolitik ist unerwünscht, die innerparteiliche Demokratie muss wieder gestärkt werden.
Meinung A): SPD sollte wieder nach links rücken
Meinung B): die SPD muss wieder ein Angebot für alle Teile der Bevölkerung bieten
 - Umgang der Medien mit der Partei
 - Generell kann man von drei Bereichen sprechen, in denen die Jusos aktiv werden müssen: mehr Öffentlichkeit, Arbeit in der Arbeit und, verknüpft mit dem Punkt „Öffentlichkeit“, Demokratieverständnis der BürgerInnen wieder wecken (bzw. wieder „Lust“ auf Politik machen)
 - Was können die Jusos machen?
 - Demokratie vorleben

■ Jusos

Vorsitzende:

Michelle Starck
Telefon: 0177-6001980
mitch_ave@yahoo.de

- Unterschriftenaktionen starten um unsere Inhalte durchzubringen
- An Demos beteiligen
- stärker auf andere politische Organisationen, wie z.B. Gewerkschaftsjugend zu gehen
- Anträge

3. Aktionen der Jusos

- 25.10. Wanderung zum Walberla
- 14.11. Arbeiterliederfeier
- 19.12. Weihnachtsfeier

4. Termine

- Nächste Sitzungen: 13.10., 27.10., 10.11., 24.11., 8.12., 22.12. Volker Lang
- 30.09.: Linkes Forum (Orpheus)
- 01.10.: KMV (Turnerbund)

5. Sonstiges

- Azubiveranstaltung (Rechte & Pflichten) von Azubis im Januar
- Lesung im Februar: Hier muss noch ein Buch gefunden werden: Vorschläge: Twilight, ein Frauenroman, Bitterfotze.
- vorraussichtliches Thema der nächsten Sitzung: Weiter besprechen der Thesen (Julia bereitet vor); Selbstdarstellungsflyer.
- Auf jeden Fall wird auch das weitere innerparteiliche Vorgehen nach der Bundestagswahl ein Thema sein.

Abschlussveranstaltung der Ausstellung „Tschernobyl – Verdrängte Katastrophe?“ des Juso-Unterbezirks

Auf der Abschlussveranstaltung zur Ausstellung „Tschernobyl – Verdrängte Katastrophe?“ des Unterbezirks Erlangen der Jusos in der SPD am 27. August wurden in einem multimedialen Vortrag von Christian Schramek und Magdalena Lieb von der Uni Regensburg die gesundheitlichen, psychischen und sozialen Folgen des Reaktorunfalls erläutert. Beide waren an der Exkursion der Uni Regensburg zum Unglücksort beteiligt. Schramek leitete das vorbereitende Seminar.

Im Vortrag wurde insbesondere die Lebenssituation der so genannten „Liquidatoren“, der Männer und Frauen, die sich nach dem Reaktorunglück um die Eindämmung des Schadens kümmerten, dargestellt. Sofern diese noch leben, leiden sie unter schweren bis schwersten gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Zur Sprache kam auch die Evakuierung der Bevölkerung und die damit verbundenen Folgen.

In der Diskussion wurde auch die Frage nach der Verantwortbarkeit der weiteren Nutzung der Atomenergie thematisiert. Angesprochen wurde auch die kürzlich veröffentlichte Studie im Auftrag des Umweltministeriums, die statt einer Atomkraftrenaissance einen klaren Rückgang dieser Energieerzeugung sieht. Unabhängig davon, zu welcher Meinung man in der Frage Atomkraft komme, sei es wichtig, sich mit den katastrophalen Folgen eines möglichen Super-GAU zu beschäftigen, betonte der Juso-Unterbezirksvorsitzende Andreas Richter abschließend.

„Für die Jusos ist jedoch klar: Auch mit der um ein Vielfaches sichereren westlichen Technik ist ein Unfall nie auszuschließen. Dieses Risiko ist nicht akzeptabel. Daher muss der Weg des Atomausstiegs und des Ausbaus erneuerbarer Energien fortgesetzt werden. Und dies wird nur geschehen, wenn die SPD weiter an der Regierung beteiligt ist.“, teilte Richter am Rande der Veranstaltung mit.

Wie wir mittlerweile wissen, führt die Wahlniederlage der SPD nun zu einer atomenergiefreundlichen, aus den Warnfarben schwarz-gelb zusammengesetzten Bundesregierung. Zusammen mit der Umweltbewegung wird die SPD nun aus der Opposition heraus Druck machen müssen, damit der von der Mehrheit der BürgerInnen gewollte Atomausstieg in vier Jahren wieder fortgesetzt wird.



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

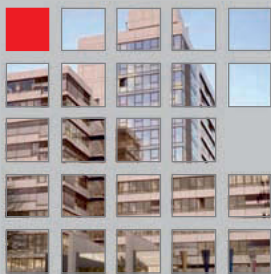
.....

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

.....

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.



RATHAUS TELEGRAMM

Seite 2

AUS DEM STADTRAT

An Kinderbetreuung darf nicht gespart werden!

Seite 3

100 JAHRE SPD-STADTRATSFRAKTION

Empfang am 20. November im Ratssaal



NEUE VORSITZENDE DES SENIORENBEIRATES SPD-STADTRÄTIN HELGA STEEGER MIT GROSSER MEHRHEIT GEWÄHLT

Interessante Angebote für SeniorInnen finden Sie auch unter:
www.seniorennetz-erlangen.de

Mit großer Mehrheit wählte am 21. September der Seniorenbeirat der Stadt Erlangen SPD-Stadträtin und Sprecherin für SeniorInnen Helga Steeger zu seiner neuen Vorsitzenden.

Helga Steeger stellte bei ihrer Nominierung ein ausführliches Konzept und eine umfassende Planung für die Arbeit und Aufgaben des Beirates für die kommenden Jahre vor.

Schwerpunkte setzen möchte die neue Vorsitzende vor allem bei dem Thema „Wohnen im Alter“, denn ältere und alte Menschen möchten so lange wie möglich oder lebenslang in Selbständigkeit und

Eigenverantwortung im vertrauten Stadtteil leben und wohnen. Hierzu gilt es, passende Konzepte zu entwickeln und weiter zuverfolgen.

Ein weiteres großes Aufgabenfeld wird das immer noch zu wenig beachtete Thema „SeniorInnen mit Migrationshintergrund“ sein.

Wir gratulieren Helga Steeger sehr herzlich und wünschen für ihre Arbeit viel Freude und viel Erfolg! ■



HAUSHALT 2010: PRIORITÄTEN SETZTEN!

FRAKTIONSVORSITZENDER UND FINANZSPRECHER FLORIAN JANIK ZUR AKTUELLEN LAGE

Auf Grund der Finanz- und Wirtschaftskrise drohen der Stadt Erlangen im nächsten Jahr Einnahmeausfälle in Millionenhöhe. Die SPD-Fraktion hat darauf reagiert und fordert den sofortigen Stopp der Baumaßnahmen im Museumswinkel.

Weder soll die Stadt das Projekt Medizinemuseum dort weiterverfolgen, noch das Archiv an diesem Standort realisieren. „Für das Archiv muss ein anderer und vor allem günstigerer Standort als der denkmalgeschützte Museumswinkel gefunden werden“, erklärte Florian Janik, Fraktionsvorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion. Insgesamt möchte die SPD so in den nächsten Jahren mehrere Millionen Euro

einsparen. Dadurch gewinnt die Stadt finanzielle Spielräume, um die Schulsanierungen wie geplant fortzuführen und den Ausbau der Kindertagesstätten sowie die Sanierung der Kindergärten weiter voranzubringen. „Es kann nicht angehen, dass bei denen gekürzt wird, die ohnehin nur wenig haben und nichts für die Misere können. Gerade in der Krise müssen wir für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen sorgen. Und dazu gehören sanierte Schulen und Kindergärten ebenso wie eine ausreichende Zahl von Krippenplätzen“, so Janik weiter. ■

AN KINDERBETREUUNG DARF NICHT GESPART WERDEN!

AUSZÜGE AUS DER REDE VON STADTRÄTIN BIRGIT HARTWIG IN DER STADT-
RATSITZUNG VOM 24.9.09.

Das Jugendamt hat in seiner Haushaltsanmeldung für 2010 einen Bedarf für Krippengruppen, Hortgruppen und Kindertagesstätten-Generalsanierungen in Höhe von 7,5 Mio Euro gemeldet. Angesichts der langen Liste von Anträgen der freien Träger aber auch städtischen Einrichtungen z.B. für Sanierungen handelt es sich dabei um einen Minimalbetrag. Nun hat der Kämmerer aber diesen Betrag auf 1,75 Mio Euro gesenkt. Der Oberbürgermeister

kenntnisse sind, aber an der Realität von Kindern und Familien vorbeigeht.

Zum Beispiel wurden 47 Kinder für den Löhe-Hort im nächsten Jahr angemeldet, es gibt aber bislang nur 12 freie Plätze!!! Wir könnten dort ganz konkret etwas für Familienfreundlichkeit und für die gerechte Teilhabe von Kindern an Bildung unternehmen.

Zur Zeit gibt es in den Einrichtungen eine große Verunsicherung hinsichtlich der Planungen und eine große Verärgerung. Die Träger fühlen sich von der Stadt im Stich gelassen, denn sie haben subsidiär die städtische Aufgabe, die Betreuung von Kindertagesstätten, übernommen und stellen damit für die Stadt eine große - auch finanzielle - Hilfe dar. Würden die Träger beschließen, die Kinderbetreuung einzustellen, wäre dies eine Katastrophe für die Stadt, denn es wäre nicht zu schultern.

Wir beantragen deshalb den Verwaltungsantrags zu ergänzen, damit auch der Hortbereich Berücksichtigung findet und generell die anstehenden Sanierungen der Kindertageseinrichtungen nicht behindert werden.

Den Trägern muss mehr Sicherheit geben werden!

Und auch im nächsten Haushaltsjahr müssen die notwendigen Mittel für einen weiteren bedarfsgerechten Ausbau zur Verfügung stehen!

Deshalb mein eindringlicher Appell an alle Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat: Wenn Ihnen die Kinder und Familien und die Bildung in unserer Stadt wirklich

Den Antrag der SPD fand in der Sitzung keine Mehrheit. Der Ausbau der Krippen ist damit ebenso gefährdet wie die Sanierung der Horte und Kindergärten.



Dringend renovierungsbedürftiger Kindergarten in der Wasserturmstraße

hat sich deshalb auf eine Schwerpunktsetzung für den Ausbau von Krippenplätzen festgelegt. Dies führt dazu, dass der Ausbau von Krippenplätzen gegen die Sanierung von Kindertagesstätten und gegen die Schaffung von Hortplätzen ausgespielt wird, bei denen wir ein Ausbauziel von 33% bis 2013 beschlossen haben. Dieses können wir so nicht hinnehmen und haben deshalb einen Ergänzungsantrag gestellt.

Eine Stadt, die sich die Kinder- und Familienfreundlichkeit auf die Fahnen geschrieben und eine Bildungsoffensive gestartet hat, darf sich solch ein Vorgehen nicht erlauben, denn sonst bestätigt sich unsere Befürchtung, dass dies alles nur Lippenbe-

DEMOKRATIE BRAUCHT JEDE STIMME KOMMUNALES WAHLRECHT FÜR ALLE!

Eine Kampagne der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY), unter der Schirmherrschaft des Nürnberger OBs Dr. Ulrich Maly, die auch die Erlanger SPD-Fraktion als Erstunterzeichner

unterstützt. Ziel ist das kommunale Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Menschen, unabhängig von ihrem Pass. ■

Unterzeichnen auch
Sie auf:
[www.demokratie.
agaby.de](http://www.demokratie.agaby.de)



STADTRAT: DOPPELERFOLG MIT WECHSELN- DEN MEHRHEITEN

Die nächsten Sitzungen des Erlanger Stadtrates finden am 29.10. und am 26.11. statt. Wie immer sind alle Interessierten herzlich dazu eingeladen!

Mit wechselnden Mehrheiten konnte sich die SPD-Fraktion trotz ihrer Oppositionsrolle in der zurückliegenden Stadtratssitzung vom 24.09. sowohl mit ihrem „Nein“ zum Verkauf des städtischen Gebäudes in der Helmstraße 1 als auch mit ihrer bürgerfreundlichen Haltung gegen die Verbreiterung des „Haundorfer Löchla“ durchsetzen.

Gemeinsam mit FDP, GL, ERLi und ÖDP konnte der durch die Verwaltung geplante und aus Sicht der SPD voreilige Verkauf des ehemaligen Bürgertreffs in der Helmstraße verhindert werden. Somit wurde die nötige Zeit gewonnen, um unter Einbezug der dort ansässigen Vereine ein möglichst kostengünstiges Erhaltungsmodell zu erarbeiten und die weitere Nutzung abzustimmen.

Waren es eben noch die Stimmen der FDP, welche die Mehrheitsverhältnisse im

Stadtrat zu Gunsten der SPD veränderten, so beugten sich im Falle der Unterführung Haundorferstraße zwei Stadträte der CSU in ihrem Abstimmungsverhalten den massiven Protesten von Seiten der zahlreich im Ratssaal erschienenen Haundorfer Bürger. Dies führte dazu, dass der durch die SPD eingebrachte Überprüfungsantrag, der sich gegen die Verwaltungsempfehlung und den vorhergehenden Beschluss im Umwelt, Verkehrs- und Planungsausschuss aussprach, die Mehrheit im Stadtrat erringen konnte.

„Durch konstruktive Oppositionsarbeit mit den richtigen Alternativkonzepten sind die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat keineswegs unüberwindbar“, resümierte Fraktionsvorsitzender Florian Janik die Erfolge.

HOHE AUSZEICHNUNG FÜR HELMUT PFISTER EHEMALIGER SPD-STADTRAT ERHÄLT VERDIENSTMEDAILLE DER BRD

Dr. Helmut Pfister, ehemaliger Stadtrat der SPD, erhielt am 13. Oktober die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschlands. Ausgezeichnet wurde er für seinen „unermüdlichen Einsatz



für das kommunalpolitische Leben in Erlangen.“

Auch nach seiner Zeit im Stadtrat, in dem er 25 Jahre lang aktiv mitgearbeitet und mitgestritten hat, ist das ehemalige Landesvorstandsmitglied der BayernSPD weiter unermüdlich für die Stadt Erlangen unter anderem in der SPD, aber auch im Friedensbündnis, dem Sozialforum und dem AGENDA-Beirat aktiv. Wir möchten ihm an dieser Stelle nicht nur unseren Dank für seinen Einsatz sondern auch unsere herzlichen Glückwünsche zu dieser Ehrung aussprechen. ■

VORWÄRTS UND NICHT VERGESSEN! 100 JAHRE SPD-STADTRATSFRAKTION

Empfang am 20. November um 17 Uhr im Erlanger Ratssaal
Festvortrag: Dr. Norbert Fuchs, Stadtrat a. D.
Musikalische Begleitung: Gewerkschaftschor „Aufbruch“
Begrüßung: Florian Janik, Fraktionsvorsitzender

vom 19.11. – 02.12.

im Rathaus

Eintragen!



beim

Volksbegehren

www.nichtraucherschutz-bayern.de



Mobile Tagging

Diagnostik-Gesundheits-Fond

ödp.
Österreichische
Demokratische Partei

Bayern
SPD

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Pro Rauchfrei e.V.
Lobby der Nichtraucher



Nichtraucher
Initiative
München e.V.